

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für und mit älteren Menschen

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag:

Das 31. Altenparlament möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, ein Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für und mit älteren Menschen vor Ort durch seniorenpolitische Gesamtkonzepte (SPGK) für alle Kommunen im Lande Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen und entsprechende Planungskosten zu bewilligen.

Begründung:

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung stellt unter dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ dar, dass „für die kommunale Daseinsvorsorge der älteren Menschen starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für und mit älteren Menschen vor Ort weiterzuentwickeln“ und zeigt auf, dass es auf strukturelle, inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen ankommt. Betroffen sind alle wichtigen Lebensbereiche und die Lebensqualität des Miteinanders aller Generationen vor Ort: Wohnen, Wohnumfeld und Daseinsvorsorge, medizinische, pflegerische und betreuende Versorgung, Selbstbestimmung, Bildung und Information, Mobilität und soziale Kontakte.

Das Land Bayern hat bereits vor 10 Jahren den Startschuss für eine neue zeitgemäße kommunale Seniorenpolitik mit einer gesetzlichen Verankerung der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte (SPGK) gegeben. Die heutige Bilanz ist hervorragend und zeigt, dass dies der richtige Weg ist, den demografischen Wandel zu gestalten. Dabei sind die SPGK ein gutes Instrument, um auf lokaler Ebene den Aufbau „sorgender Gemeinschaften“ voranzutreiben. Die Kommunen haben ganzheitlich die Lebenswelt der Älteren in den Blick genommen, Umsetzungsstrategien entwickelt und Maßnahmenschritte initiiert, um die sozialen Nahräume mehr auf die Bedarfe der älteren Menschen auszurichten.

Der Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V. fordert daher per Gesetz, „Seniorenpolitische Gesamtkonzepte“ für das Land Schleswig-Holstein.

Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Beratung der Anträge AP 31/42 und AP 31/41.